

## **Gemeinsame Resolution der SPD und CDU/FDP Kreistags-Fraktionen zur aktuellen Situation bei Volkswagen.**

Die Krise bei Volkswagen ist das Resultat mehrerer wirtschaftlicher und struktureller Herausforderungen. Die daraus resultierenden Debatten um Werksschließungen und die Verunsicherung der Beschäftigten und der Öffentlichkeit machen deutlich, dass Volkswagen als einer der größten Arbeitgeber Niedersachsens schnellstmöglich in ruhiges Fahrwasser kommen muss. Auch die Zulieferer sind in besonderem Maße von dieser Entwicklung betroffen. Die gesamte Automobilbranche hat in Niedersachsen bzw. in Ostfriesland eine besondere Bedeutung. Die niedersächsische Automobilindustrie und ihre Zulieferer generieren landesweit und insbesondere in Ostfriesland eine gewaltige industrielle Wertschöpfung. Hiervon profitieren Städte und Gemeinden bzw. auch die örtlichen Kommunen in Ostfriesland durch Gewerbesteuererinnahmen und vielen Arbeitsplätzen. Die Stadt Emden ist neben anderen Volkswagen Standorten eine der Städte, die besonders eng mit Volkswagen verbunden ist. Vor diesem Hintergrund betrachtet der Kreistag des Landkreises Aurich die aktuelle Situation bei Volkswagen mit großer Sorge.

Der Transformationsprozess, den die Automobilbranche derzeit durchlebt, ist allen bewusst. Die Transformation - verbunden mit der Umstellung auf Elektromobilität - ist mit einem hohen Kostendruck verbunden. Es gilt hierbei, die bestehenden Kapazitäten wirtschaftlich zu nutzen und Überkapazitäten aufgrund der derzeit noch geringen Nachfrage nach Elektromobilität durch strategisches wirtschafts- und vertriebsorientiertes Vorgehen zu vermeiden. Die Ertragsstärke kann durch einen sinnvollen Restrukturierungs- und Vertriebsprozess auch ohne Werkschließungen erreicht werden. Dabei sollten innovative und zukunftsorientierte Konzepte entwickelt werden, um sowohl die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens als auch die sozialen Belange der Beschäftigten zu gewährleisten. Volkswagen war in der Vergangenheit stets ein Unternehmen mit stark ausgeprägter Sozialpartnerschaft. Diese Zusammenarbeit hat das Unternehmen durch vielfältige Krisen geführt. Wir kritisieren das Verhalten des Vorstandes, in den Gesprächen die Forderungen derart zu verschärfen. Der Vorstand torpediert die sachlichen Gespräche und fügt dem Unternehmen öffentlich Schaden zu. Werksschließungen dürfen keine Mehrheit im Aufsichtsrat finden und sind außerdem kein Mittel, den wirtschaftlichen Erfolg von VW zu optimieren. Der Vorstand ist stattdessen gehalten, sachbezogene Vorschläge in den Gesprächen einzubringen. Wir rufen den Vorstand auf, zur Kultur einer Gleichrangigkeit von Beschäftigung und wirtschaftlichem Erfolg zurückzukehren. Wir werden uns dafür einsetzen, eine Kultur der Gewinnoptimierung auf dem Rücken der Belegschaft zu verhindern.

Der Kreistag des Landkreises Aurich stellt sich solidarisch hinter die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dem Standort Emden. Die über Jahrzehnte gewachsene Sozialpartnerschaft zwischen Betriebsrat, Gewerkschaften und Management diente dem Wohl von Volkswagen. Deshalb begrüßen wir die Gespräche zur Zukunft von Volkswagen zwischen den Arbeitnehmern und dem Management. Entsprechende Maßnahmen können nur im Dialog getroffen werden. Es liegt darüber hinaus in der Verantwortung des Vorstandes, Vorschläge für einen zukunftsfähigen und modernen Volkswagenkonzern vorzulegen. Vorschläge zur Zukunftssicherung

des Konzerns, wie Werksschließungen und Personalabbau, lehnen wir ausdrücklich ab.

Wir fordern die Bundes- und Landespolitik daher auf, sich an diesem Prozess zu beteiligen und zu unterstützen um die Transformation in der Industrie und bei der Elektromobilität weiter voranzubringen.

Der Kreistag des Landkreises Aurich fordert daher - neben einem vollständigen Erhalt der deutschen Volkswagen-Standorte:

1. Der Vorstand des VW Konzerns muss schnellstmöglich die Grundlage für ein attraktives und bezahlbaren E-Volkswagen schaffen und umsetzen.
2. Um den internationalen Herausforderungen, insbesondere durch asiatische Hersteller, gerecht zu werden, muss Volkswagen verstärkt in innovative Technologien und neue Märkte investieren können. Niedersachsen muss seine Position als führender Standort in der Automobilbranche festigen und ausbauen. Dies kann langfristig nur gelingen, indem die jetzigen Standorte gehalten und zukunftsfähig gemacht werden. Für die von der Landesregierung versprochene Ansiedlung einer Batteriezellfertigung zum Erhalt der Wertschöpfungstiefe sind wettbewerbsfähige Industriestrompreise eine Voraussetzung. Die Bundesregierung ist aufgefordert, mit der EU-Kommission über die Ausweitung der Strompreiskompensation auf die Batteriezellfertigung zu verhandeln.
3. Für den Kauf von E-Autos ist die Entwicklung der Strompreise von hoher Bedeutung. Wir fordern daher den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze. Wir appellieren an alle politisch verantwortlichen die unsinnige Debatte über die E-Mobilität sofort einzustellen. Der E-Mobilität gehört – wie im größten Absatzmarkt China schon umgesetzt - die Zukunft. Eine Rein/Raus-Debatte – wie seinerzeit bei der Windkraft – schadet dem Standort Deutschland und speziell dem Werk Emden, das bereits auf E-Mobilität umgestellt ist.
4. Ebenso ist es richtig und wichtig, dass die Bundesnetzagentur zum 01.01.2025 ein neues Berechnungsmodell implementiert, um in Regionen mit vielen erneuerbaren Energien die Netzentgelte erheblich zu senken. Wir wollen weitere Anreize für günstige Strompreise, wie etwa durch bidirektionales Laden oder dynamische Stromtarife. Ebenso gilt es, die Rahmenbedingungen für günstigen Ladestrom in Zeiten und Regionen zu unterstützen, in denen es besonders hohe Überschüsse von erneuerbaren Energien gibt.
5. Wir wollen das Potenzial der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, effizient nutzen und die Hafeninfrastruktur, u.a. durch den Bau des neuen Großschiffsliegeplatzes im Emden Außenhafen, weiterentwickeln. Durch die Bereitstellung von bezugsfertigen Gewerbeflächen mit leistungsfähiger Energieinfrastruktur wird das Land attraktiv für energieintensive Unternehmen und zudem auch für Zulieferunternehmen von Volkswagen. So können neue Betriebe angesiedelt und bestehende

Unternehmen langfristig an den Standort gebunden werden.

6. Wir benötigen eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der Europäischen Union, um die deutschen und europäischen Hersteller im globalen Wettbewerb zu unterstützen. Dazu gehört die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs und der Abbau von Handelshemmnissen. Zudem sollen Kooperationen und Joint Ventures gefördert werden, um den Technologievorsprung auszubauen.
7. Der Kreistag appelliert an das Land Niedersachsen und insbesondere an die beiden Mitglieder / innen im Aufsichtsrat der Volkswagen AG, ihren Einfluss geltend zu machen. Niedersachsen hat bereits einmal auf diesem Weg ein Volkswagen-Standort gerettet. Der Kreistag Aurich fordert darüber hinaus neben der Landes- insbesondere auch die Bundesebene auf, sich für eine verlässliche und konsistente Industriepolitik insbesondere für die Automobilbranche einzusetzen. Dazu gehören insbesondere die unter 2-4 genannten Punkte - beispielsweise technische Innovationen oder etwa eine Förderung der E-Mobilität. Wir benötigen zur Unterstützung die in Regierungsverantwortung stehenden Mitglieder der Parlamente, um Technologieoffenheit bei der Antriebstechnik zu fordern und zu fördern.

November 2024

Johannes Kleen  
SPD-Kreistagsfraktion

Sven Behrens  
CDU/FDP Kreistagsfraktion